



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verwaltungsregister.

Für die Wochen vom 24. bis 30. Novbr. und 1. bis 7. Dezember sind die Beitragsmarken in die mit 48 resp. 49 bezeichneten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

An die Verbandsmitglieder! Kollegen und Kolleginnen!

Die tiefgehenden Umgestaltungen, die sich in Deutschland vollzogen haben, führen uns einer neuen Zeit entgegen. Die kapitalistische Gewalt-herrschaft, die das namenlose Unglück des Weltkrieges über die Menschheit gebracht hat, ist niedergerungen. Arbeiter und Soldaten haben die Regierungsgewalt an sich gebracht und als erste Tat, das grausame Morben an den Fronten durch den Abschluß des Waffenstillstandes beendet. Der neuen Volksregierung fällt nun die Aufgabe zu, den Frieden mit unseren Gegnern zu schließen und dem neuen Deutschland den Übergang vom Krieg zum Frieden möglich zu machen. Dieser Übergang stellt an das gesamte Volk, besonders aber an die Arbeiterschaft, die schwersten Anforderungen. Der Krieg hat dem deutschen Wirtschaftsleben, an dem die Arbeiter mit am meisten interessiert sind, schwere Wunden geschlagen. Diese Wunden zu heilen, müssen alle Kräfte eingesetzt werden. Das dabei die Interessen der Arbeiterschaft im weitesten Sinne zur Geltung kommen, dafür zu sorgen, muß jetzt unsere Hauptaufgabe sein. Neben den weitestgehenden Volksfreiheiten, die durch die vollzogene Umwälzung auf politischem Gebiete errungen wurden, haben die Arbeiter nunmehr ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen. Um dazu in der Lage zu sein, bedarf es aber nicht nur des festen Willens, sondern auch der organisierten Zusammenfassung aller vorhandenen Kräfte. Hierzu sind einzig und allein die Gewerkschaften berufen, ohne deren kräftigste Mitwirkung die Schwierigkeiten der Uebergangszeit nicht überwunden werden können. Daher muß es die erste und heiligste Pflicht aller unserer Verbandsmitglieder sein, ihren zur Fahne des Verbandes zu halten und mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß jetzt, wo es gilt die bisher errungenen Erfolge festzuhalten und weiter auszubauen, alle Kollegen und Kolleginnen reiflich organisiert werden. In dieser Zeit, wo wir frei aller bedrückenden Fesseln unsere Forderungen erheben können, muß es uns möglich sein, in Kürze durch unsere Geschlossenheit das zu erringen, wofür wir in jahrelangen Kämpfen eingetreten sind: Ausreichende Löhne und erträgliche Arbeitsbedingungen!

Kollegen und Kolleginnen! Wer jetzt teilnahmslos abseits steht und tatenlos zuseht, wie eine neue Welt gestaltet wird, der ist nicht wert in ihr zu leben und an ihren Freiheiten teilzuhaben. Jetzt raus aus der Welt, raus aus dem Verband, damit er allen Anhängern, die ihm gestickt sind, gerecht werden kann.

Eine Rundgebung der deutschen Gewerkschaften.

Die Vorstände der deutschen freien Gewerkschaften haben auf ihrer am 13. November im Berliner Gewerkschaftshaus abgehaltenen Konferenz einmütig folgende Entschliebung angenommen:

„Die Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften begrüßt im Namen von über zwei Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands den Sieg der politischen Freiheit.

Aus dem freien Deutschland heraus erheben wir laut unsere Stimme gegen die unglaublich harten und geradezu unmöglichen Waffenstillstandsbedingungen, die von den alliierten Mächten dem deutschen Volke auferlegt worden sind.

Als eifrige und überzeugte Anhänger der internationalen Solidarität, die wir seit Jahrzehnten und auch in den Jahren des Weltkrieges vertreten haben, wollen wir selbst heute noch an dem Glauben festhalten, daß unsere Arbeitsbrüder in Frankreich, England und den übrigen alliierten Ländern es nicht anlassen werden, daß durch Aufrechterhaltung dieser harten Bedingungen gerade die ärmere Bevölkerung Deutschlands, nämlich die Arbeiterschaft, dem größten Elend und dem direkten Hungertode überliefert werden.

An der weiteren Entwicklung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands werden die Gewerkschaften nach Maßgabe ihrer Kräfte mitarbeiten. In der Erkenntnis, die All-gemeingut der politisch und gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft war und ist, daß die politischen Freiheiten von dem Stande der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig sind, spricht die Konferenz aus, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft hinter den politischen Forderungen nicht zurückgestellt werden darf. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist also auch in dieser Zeit von allen Mitgliedern mit ganzer Kraft fortzusetzen.

Die Übereinstimmung der Auffassungen über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die bisher zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei Deutschlands geherrscht hat, berechtigt die Gewerkschaften zu der Erwartung, daß die Parteiführer jetzt und in Zukunft bereit sein werden, die Kenntnisse und Erfahrungen in wirtschaftlichen Fragen der in den Gewerkschaften tätigen Personen zu benutzen. Wir rufen alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, ihre Hilfe an allen Orten zur Verfügung zu stellen.

Unsere Arbeitsbrüder im Waffenrock, denen das größte Verdienst an der glücklichen Durchführung der freiheitlichen politischen Umwälzungen gebührt, sprechen wir aufrichtigen Dank aus, zugleich auch für ihr entschlossenes Eintreten für die Einigkeit der Arbeiterklasse. Auch die Gewerkschaften hoffen und vertrauen darauf, daß die Parteifreistellungen in der Arbeiterschaft begraben werden.

In dem Beschlusse der Volksregierung, eine Nationalversammlung auf breiter demokratischer Grundlage einzuberufen, erblicken wir die Gewähr dafür, daß die bisherigen Errungenschaften der

Revolution dauernd gesichert und bei Aufrechterhaltung der Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft auch noch weiter ausgebaut und vervollkommen werden.

Die Demobilisierung des Meeres und die Wiederaufrichtung des heimischen Wirtschaftslebens erfordern die Zusammenfassung aller Volkskräfte zu gemeinsamem Wirken. Auf die Mitarbeit der Mitglieder der Gewerkschaften muß hierbei in erster Linie gerechnet werden. Vor allem müssen die Gewerkschaften in den vom Feind besetzten Landes-teilen eine Flucht der Bevölkerung, die die Demobilisierung erschweren und die allgemeine Notlage bedrohlich steigern würde, nach Kräften entgegenwirken.

Die Gewerkschaften erwarten von der Volksregierung auf das dringendste, daß sie ungefährdet und fortdauernd alles Notwendige unternimmt, um die allgemeine Volksernährung zu sichern und dem Lebensmittelwucher energisch zu steuern.

Die deutschen Gewerkschaften erneuern ihre bereits von der früheren Reichsleitung anerkannten Forderungen auf Übernahme gewerkschaftlicher Arbeiterschutzbestimmungen in die Friedensverträge und auf Zulassung von Gewerkschaftsvertretern zur bevorstehenden Friedenskonferenz. Sie erwarten von der Volksregierung, daß sie diesen Forderungen bei den kommenden Friedensverhandlungen Geltung verschafft.

Das Programm der Volksregierung.

Der Rat der Volksbeauftragten hat folgenden Aufruf veröffentlicht:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergelegt.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gefindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahme-gesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximal-

arbeitstätigkeit in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. — Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. — Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. — Auf die Sicherung einer geordneten Volksernährung wird hingearbeitet werden. — Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. — Alle Wahlen zu öffentlichen Ämtern sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. — Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Gert. Haase. Scheidemann. Landsberg.
Dittmann. Barth.

Zur Sicherung der Ubergangswirtschaft.

In wenigen Tagen hat sich in Deutschland eine völlige Umgestaltung aller politischen Machtverhältnisse vollzogen. Das monarchische Deutschland, der Militär- und Beamtenstaat, ist zu Grabe getragen. Das Volk ist im Begriff, sich eine Staatsordnung zu schaffen, die in der republikanischen Verfassung auf demokratischer Grundlage beruht. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter wird eine Volksvertretung schaffen, die in Kürze alle notwendigen Neuschöpfungen der Grundrechte des Volkes herbeiführt haben wird. Schwieriger wird sich die wirtschaftliche Neuschöpfung gestalten, weil die Produktionskräfte des deutschen Volkes durch den Krieg aufs schwerste erschüttert worden sind. So erwünscht uns allen auch eine rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel als Verwirklichung des von der Arbeiterklasse so heiß ersehnten Sozialismus sein muß und so gern wir alle ernsthaften Schritte nach dieser Richtung hin unterstützen möchten, so gebietet uns doch die Rücksicht auf die materielle Existenz der Bevölkerung, zunächst einmal an das Vorhandene anzuknüpfen und mit den gegebenen Produktionsverhältnissen einen möglichst raschen

und ungestörten Wiederaufbau des Wirtschaftslebens anzustreben. Es wäre für die Erhaltung der Massen des Volkes geradezu verhängnisvoll, wollte man jetzt die Zeit mit sozialistischen Experimenten verlieren, während die Bevölkerung nach Brot und Arbeit ruft, die in diesem Augenblick wahre Freiheit bedeuten!

Alle sozialistischen Denker und alle sozialistischen Führer stimmen darin überein, daß die Sozialisierung der Gesellschaft ein Umwandlungsprozeß ist, der sich nicht von heute auf morgen vollzieht und durch gewaltsame Eingriffe von außen her beschleunigen läßt, sondern das Produkt innerer wirtschaftlicher Umgestaltung ist. An solchen wirtschaftlichen Umgestaltungen stellt es zwar im Verlaufe der Kriegsjahre nicht und auch die politische Revolution wird von tiefgehendem wirtschaftlichem Einflusse sein, aber aus alledem ergibt sich noch lange nicht jene einheitliche kapitalistische Regie der Produktion auf allen Gebieten, die der Vergesellschaftung vorausgehen hat. Dazu kommt, daß eine vollständige Umwälzung der Wirtschaftsordnung, die in normalen Zeiten vielleicht mit nur teilweisen und geringeren Erschütterungen verknüpft wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu gänzlicher Lahmlegung der gesamten Produktion führen müßte, da uns zurzeit sehr viele Kräfte fehlen würden, um Produktion und Absatz rasch wieder in Gang zu bringen. Was eine längere und umfangreiche Produktionsstörung jetzt, nach dem Abschluß des Krieges bedeuten würde, darüber muß sich vor allem die Arbeiterklasse klar sein. Sie bedeutet Mangel an Kohlen und Lebensmitteln, an Kleidung und Schuhwerk und all dem sonstigen notwendigen Bedarf. Sie bedeutet unter der Rückwirkung der drückenden Waffenstillstandsbedingungen den gänzlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes, nicht nur auf Monate, sondern auf Jahre hinaus. Sie bedeutet die Erschwerung des gesunden wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieges aus dem Abgrund der Verelendung! Das kann niemand wollen, der es ernst mit dem deutschen Volke und mit der Überwindung der schrecklichen Leiden des Weltkrieges meint.

Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens kann auch nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein. Alle Volkskräfte in Stadt und Land müssen zusammenwirken, um diesen Zweck möglichst bald zu erreichen. Alle Wirtschaftsverbände müssen mitarbeiten, um die Volkswirtschaft auf den Friedensstand einzustellen. Alle müssen ein Teil der Verantwortung dafür übernehmen, daß der Arbeiter und der Angestellte an seinen Platz, zu Arbeit und lohnendem Verdienst gelangt, daß Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend möglichst vermieden werden.

An dieser elementarsten aller Pflichten hat auch die große politische Umwälzung der letzten Tage nichts geändert, so gewaltig sonst ihre Wirkungen sind. Denn auch in der Republik will die Bevölkerung leben und das gebietet, alles zum Leben Notwendige ohne Störung zu erzeugen.

Von dieser Verantwortung durchdrungen, haben die gesamten Wirtschaftsverbände des deutschen Volkes, ungeachtet ihrer bestehenden Gegensätze, sich zu einem einheitlichen Zusammenwirken für die Durchführung der Ubergangswirtschaft verständigt. Sie haben erkannt, daß gegensätzliche Interessen und Kämpfe das große Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht hindern dürfen und Mittel und Wege gefunden, um Differenzen zu schlichten, die in solch schwerer Zeit dem Gemeinwohl schaden könnten. Wie bei Kriegsbeginn in zahlreichen Gewerben Arbeitsgemeinschaften zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung und der Kriegsschädigtenfürsorge entstanden, so haben die Gewerkschaften aller Richtungen, die Angestelltenverbände und die großen Arbeitgeberzentralen eine Arbeitsgemeinschaft für die Ubergangswirtschaft gebildet, die auf der Anerkennung folgender Grundsätze aufgebaut ist:

Die großen Arbeitgeberverbände haben mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarungen für die Ubergangswirtschaft getroffen, die am 14. November unferzeichnet wurden:

1. Die Gewerkschaften werden als befugte Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkzeitleine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar, noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schnellstmöglich zum Abschluß zu bringen.

Berliner Revolutionstage.

s.A.k. Seit diesen Novembertagen kennt die Weltgeschichte den Typ einer neuen Revolution. Das heroische Revolutionsbild, in dem Meister Delacroix eine Flut gewaltiger Gestalten über die Trümmer des Bewesenen dahinfließen läßt, gehört der Vergangenheit an. Die Revolution von 1918 ist die Revolution der Sachlichkeit. Sie ist die Umwälzung durch die Organisation, ist die im geeignetsten Momente erfolgte Manifestation des in langen Jahrzehnten Vorbereiteten, Geschaffenen, unbewußt Gewordenen. Sie kennt keine Trümmer im Sinne von Delacroix' Freiheitsbild. Wie die moderne Baukunst in dem alten Hause den Betrieb ruhig weiter gehen läßt und unterdessen um und über dem alten den neuen Bau aufbaut, so hat die Revolution von 1918 das im alten Deutschland überlebte mit einem Schlage über den Haufen geworfen, neues an seine Stelle gesetzt, alles, auf dem sich neues weiterbauen läßt, bestehen gelassen oder umgestaltet und binnen weniger Tage, nein, Stunden, einen deutschen Ubergang-Staatenbau geschaffen, der, wenn erst einmal die weltgeschichtliche Perspektive gegeben ist, die Bewunderung der Staaten-Baumeister erregen wird.

Am Sonnabend, den 9. November, vormittags 11 Uhr, hatten die Berliner Arbeiter den Generalstreik beschlossen. Naun eine Stunde später marschierte eine Formation von mehreren hundert Mann Jägern in dem Hofe des „Vorwärts“-Hauses ein. Diese Jäger waren einige Tage vorher von Raumburg nach Berlin gebracht worden, um sie gegen die Revolution zu verwenden. Der

Zweck ihres Besuchs im Lindenhaufe, in dem auch die Leitung der Sozialdemokratischen Partei untergebracht ist, hätte also der sein müssen, die Revolution auf ihrem Entstehungsherde zu dämpfen. Ja, wenn bei dieser Revolution von 1918 alles „richtig“ zugegangen wäre, dann hätte sich die Sache wohl auch so verhalten. Aber die Dinge taten dieses Mal den Revolutionskern nicht den Gefallen, sich nach ihren Prognosen abzuspielen. Und so waren die frischen Kerle in den hübschen grünen Uniformen denn auch nicht nach dem Lindenhaufe gekommen, um nach altem Herkommen den Versuch zu machen, die Revolution zu erbrosseln, sondern um sie zu beschützen.

Es war also die erste wirkliche Revolution, die völlig von der Tradition gelöste Erhebung. So merkwürdig es klingen mag: die erfolgreiche Erhebung des Volkes war schon vollendet, ehe sie begonnen worden war. Von ein paar Don Quixote-Naturen abgesehen, widerstrebten in den letzten Tagen vor der Erhebung die Gegner der Revolution nur noch in Gedanken. An normalen Widerstand hat kein normaler Mensch gedacht. Es war nicht mehr davon die Rede, ob die Revolution kommen, ob die Throne in Deutschland leer werden würden. Die Frage drehte sich nur noch um das Wann. (Es ging nur noch darum, welcher der nächsten Tage der großen Revolution des 20. Jahrhunderts das geschichtliche Datum geben würde.)

Es war der 9. November. Der 9. November wurde der Tag, den alle künftigen Geschlechter im Gedächtnisse behalten werden und den wir Menschen, die in den letzten Jahren so Schreckliches zu fragen hatten, erleben durften.

Die Weltgeschichte hat ihre eigene Logik und ihre eigene Gerechtigkeit. Wahrscheinlich tut sie es nicht anders, als daß sie Menschen, die vier Jahre Weltkrieg, vier Jahre Hunger und Seelenqualen erlebt haben, auch einen 9. November erleben läßt!

Vielleicht vermag diese Gewißheit etwas zur Aufrichtung der Menschheit beitragen. . . .

Aber, um zu unserer Schilderung zurückzuführen, die Weltgeschichte hat auch ihren Humor. Bald bewegt er sich in Capriolen und sprudelt von Wigen wie Porzins Mund, bald schlägt er mit Keulen. Und ein Keulenschlag des weltgeschichtlichen Humors war es, als am Sonnabend die Revolution eines ihrer ersten Militärbataillone aus der Kaserne herzog, deren Schaffen bei der Einweihung am 28. März 1901 die Aufgabe zugewiesen worden war, die Berliner in ihre Schranken zu werfen, denn diese „wie 1848 frech und unbotmäßig werden“ würden: aus der Alexander-Kaserne.

Bereits am Sonnabend nachmittag stand der gesamte Heeresapparat Berlins der Revolution zur Verfügung, trotzdem die der „oberste Kriegsherr“, der sein Feld abgebrochen, zu verfügen vergesen hatte. Militärantonos stellten den Verkehr zwischen den verschiedenen Quartieren der Revolution her. Wer auf einem solchen Auto Berlin durchquerte, konnte erbauliche Studien machen. In den Arbeitervierteln schauerte er durch Menschenmeere, umtost von Inbestürmten, in den „besseren“ und „besten“ Gegenden traf sein Blick auf vernünftige Gesichter.

Es wäre mehr als merkwürdig, wenn es bei politischen Entladungen, wie sie in diesen Novembertagen vor sich gegangen sind, ganz ohne Menschen-

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuss einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verbießensmäßiger Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarung sowie zur Regelung der zur Demobilisierung zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschäftigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralschlichtungsausschuss auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralschlichtungsausschuss liegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen.

12. Seine Entscheidungen haben für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

13. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung. Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Soweit uns bekannt geworden, ist bereits die große Mehrzahl der Arbeitgeberverbände diesen Vereinbarungen beigetreten, darunter auch der Schupverband Deutscher Steinbrückerbesitzer. Vom Deutschen Buchdrucker-Verein wissen wir, es noch nicht, halten aber dessen Beitritt für selbstverständlich.

Dieses Abkommen gewährleistet dem deutschen Volke nicht nur eine sichere Durchführung der Uebergangswirtschaft, sondern sichert der Arbeiterschaft auch die Anerkennung der Organisation und

einen weitgehenden Einfluß auf die inneren Betriebsverhältnisse. Der konstitutionelle Betrieb ist damit zur Tatsache geworden, sobald die Arbeiterschaft sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenschließt und sich die geeigneten Organe in den Betriebsausschüssen schafft.

Die Vorteile eines solchen Abkommens für die Uebergangswirtschaft wie auch für die Interessen der Arbeiter und Angestellten liegen so klar auf der Hand, daß jeder einsichtsvolle und seiner Verantwortung bewußte Staatsbürger dessen Zustandekommen nur billigen kann. Aber dieses Zusammenwirken zur Sicherung der Uebergangswirtschaft hängt nicht allein von der beteiligten Wirtschaftverbänden, sondern auch von der volkswirtschaftlichen Einsicht derjenigen Faktoren ab, die gegenwärtig den meistbestimmenden Einfluß im Reiche haben, von den Arbeiter- und Soldatenräten. Obwohl wir voraussetzen, daß ein großer Teil der Mitglieder derselben durch die gewerkschaftliche Schule gegangen und imstande ist, die für die gegenwärtige Zeit richtige Entscheidung zu treffen, so dürfen die Gewerkschaftskreise allerorts doch nicht versäumen, mit diesen Vertretungen des Volkes Fühlung zu nehmen und sie über die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu unterrichten. Vor allem müssen die örtlichen Gewerkschaftskartelle sich für die Arbeit zur Verfügung stellen und mit den Arbeiter- und Soldatenräten dahin wirken, daß die Uebergangswirtschaft sich so vollzieht, daß Elend, Not und Hunger von der Masse der Bevölkerung ferngehalten wird. Es handelt sich nicht um einen Ausgleich der Interessen von Unternehmern und Arbeitern, es handelt sich um das ganze Volk in der schwersten Stunde seines Daseins. Wer da mit seiner Entscheidung zögern kann, der hat das Gebot der Stunde nicht begriffen.

Ernährungs- und Bekleidungsfragen im Buchdruckgewerbe.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat gemeinschaftlich mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein, dem Buchdruckerverband, dem Gutenbergbund und unserem Verband am 18. Oktober je eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt und an die Reichsbekleidungsstelle gerichtet. Nachdem die Kommunalbehörden die Frage, ob die in Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen als Schwer- resp. Schwerstarbeiter zu betrachten und dementsprechend bei der Zuteilung von Ernährungszulagen zu behandeln sind, recht unterschiedlich handhaben und verschiedene zurückliegende

filben im Gange zu erhalten, in denen Korn und Kartoffeln wachsen.

Nein, die Romantiker werden mit der Revolution von 1918 nichts anzufangen wissen. Vielleicht, daß ein Funke von Romantik in der Versammlung aufblühte, in der am Sonnabend in dem Riesengebäude des Zirkus Busch die Massen sich stauten. Aber auch hier hatten das Ohr des Hauses die Redner, die die praktischen, nächstgelegenen Gegenwartsfragen erörterten.

Wer den Reichstag nur aus den Zeiten kennt, in denen unter Argusaugen des Hausmannes in den Hallen wohltemperierte Atmosphäre und wohlige (vielleicht manchmal ein bisschen verdächtige) Ruhe herrschte, da auf den roten Teppichen gutgeschickelte graumelierte Köpfe mit tadellos rasierten Gesichtern auf glanzvoll gewickelten Stiefeln herumgetragen wurden, der würde heute allerdings Augen machen, wenn er — von der Wache des Arbeiter- und Soldatenrates hereingelassen würde. Bis hinauf zur Stoppel tönt das Brausen der Stimmen unzählbarer Menschen. Treppauf, treppab eilen geschäftige Menschen: Arbeiterräte, Soldatenräte und die vielen Menschen, die von diesen Räten etwas wollen, Reporter und Zeitungsschreiber, Leute von der Post und vom Telegraphen, Suchende und Gesuchte, Ratheisende und Ratgebende, Leute mit und Leute ohne Ideen (die mit Ideen sind die gefährlicheren!) Auf dem roten Teppich stehen Gewehrpyramiden. Aber daß es sich auf dem Teppich auch gut liegen läßt, das beweisen ein paar Grenadiere, die in der Ecke lang ausgestreckt, einen wahrscheinlich wohlverdienten, augenscheinlich aber tiefen Schlaf tun, Genüßlinge unter dem Kriegswoll haben es sich in

Versuche, darin eine Einseitigkeit zu gunsten der Arbeiterschaft herbeizuführen, scheiterten, wurde von allen beteiligten Organisationen, Unternehmer und Arbeiter, noch dieser Schritt gemeinsam unternommen. In der Eingabe an das Kriegsernährungsamt wurde auf die fortgesetzte Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse hingewiesen und auch auf die großen Anforderungen, die an die Personale der Buchdruckereien gestellt werden, die bei der völlig unzureichenden Ernährung ein dauerndes Nachlassen der Arbeitskraft zur Folge haben. Sehr ausführlich wurde die Forderung begründet, die Buchdruckereipersonale als Schwerstarbeiter überall anzuerkennen. Leider war die Antwort des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes wieder eine ablehnende, da sich der Staatssekretär außerstande sieht, die Frage zentral zu regeln, weil große Verschiedenheiten in der Lebensmittelbeschaffung zwischen den Groß- und Kleinstädten herrschen und außerdem die Ernährungsfrage es nicht gestattet, den Preis der Zulageberechtigten Personen zu vergrößern. — Inzwischen sind in der Regierungsform Deutschlands große Veränderungen eingetreten und der Bevölkerung ist auch schon eine Besserung der Ernährungsverhältnisse versprochen worden. Es bleibt aber abzuwarten, in welchem Umfange es möglich sein wird, solche Versprechungen in die Tat umzusetzen. Jedenfalls müssen wir stets darauf hinweisen, daß die Bucharbeiterschaft nicht minder unter den Verhältnissen zu leiden hat und ebenso am Ende seiner Kraft angelangt ist, wie andere Arbeiterkategorien auch und daher mit Recht, die Eingliederung in solche Vergünstigungen, soweit sie gewährt werden, für sich in Anspruch nimmt.

Die Eingabe an die Reichsbekleidungsstelle bezweckte die Belieferung mit Arbeitsanzügen für das an Schloßmaschinen, Druckmaschinen und in den Stereotypen beschäftigte Personal, worauf wie folgt geantwortet wurde:

... Da Druckereibetriebe unter den in Ziffer 3 der Richtlinien aufgeführten Berufsgruppen nicht enthalten sind, so kommen für diese Betriebe nur Starkverbraucher in Betracht, deren Versorgungsberechtigung im letzten Satz dieses Absatzes anerkannt wird.

Anträge auf Bewilligung von Bezugsscheinen bzw. Lieferung aus unsern Beständen müssen von den einzelnen Betriebsunternehmern auf einer Bebarsammlung über die zuständige Kriegsamtsstelle hier eingereicht werden, wobei die Zahl und Beschäftigungsart der versorgungsberechtigten Personen besonders anzugeben ist. Nichtversorgungsberechtigte Arbeiter, und sofern es sich um Beschaffung von Kleidungsstücken

Klubsesseln bequem gemacht, in denen sonst wohl die großen Kanonen (die rebnerischen natürlich!) ihre Einschläge vorbereiteten. . .

Ich trete mit einem Kollegen zu einer kurzen Besprechung in eins der offenen leeren Zimmer. Ein schöner schlanker Mann tritt gemessenen Schrittes heran, stutzt, sieht uns unwillig an, bestaunt mit seinen Blicken jede Ecke des Zimmers und tut mit höchst erstauntem Gesicht die Frage: „Tagt denn hier nicht der . . . „Ausflug?“ Verständnislose Blicke von unserer Seite. Darauf der andere: „Aber der Ausflug muß hier sein! Ich habe ihn doch gestern selber gebildet!“ Achselzucken unsererseits. Er (erregt): „Ja, ja, gestern habe ich ihn selber gebildet!“ Wir lehnen zu unseren eigenen Angelegenheiten zurück. Der Sucher seines Ausschusses verläßt kopfschüttelnd den Raum. Ich höre noch: „Gestern habe ich ihn selbst gebildet!“ Es klingt wie ein Seufzer. . .

Auf dem Rückwege durch die Leipziger Straße stößt mein Fuß an ein Hindernis. Auf dem Bürgersteig steht eine Leiter. Am Fuße der Leiter lehnt ein preussisches Wappen. Oben wird gehämmert. Ein Hoflieferant läßt kaltherzig den Stolz seines Hauses entferrnen. Und wie ich durch die Friedrichstraße gehe, trägt gerade ein granittüchtiger Mensch zwei solche Glastische in einen Torweg. Dabei rutscht ihm eines unter dem Arm fort.

Die beiden starken Wappenhändler fallen — bang — auf die Knie. U. A.

Opfer abgegangen wäre. Ursachen, Urheber, Beweggründe sind nicht aufgeklärt worden und werden wahrscheinlich auch nicht aufgeklärt werden; aber es ist geschlossen worden: in Berlin am Schloßplatz, aus dem Marstall, Unter den Eichen und an anderen Orten. Eine Anzahl Opfer ist gefallen. Aber die Novemberrevolution von 1918 bleibt doch die unblutigste, die die Weltgeschichte bisher kennt.

Und so wenig sie von Blut und Romantik später zu erzählen wissen wird, so wenig weiß sie von Marat, Kospierre, Dantens und Desmoulin. Die Männer, die die Novemberrevolution emporgelassen hat, sind Männer des praktischen Lebens, zum größten Teile kühle Rechner und auf die Realitäten des Tages gerichtete Naturen. Wie man die ganze Bewegung auch die Revolution der Realitäten nennen könnte. Wovon in den Revolutionstagen in Berlin am meisten die Rede gewesen ist? Ich kann es euch sagen und wer mit offenen Ohren durch die Massen gegangen ist, wird mir als Zeuge dienen: von Brot und Kartoffeln.

Brot und Kartoffeln als Grundpfeiler der Revolution. Der Hunger als der erkannt und signalfizierte Feind der Volkserhebung. Praktische Leute an die Spitze! Leute mit Organisationsblick und mit dem Instinkt des ägyptischen Getreidehofes. Leute mit offenen Augen und mit Verständnis für die Tragweite der Fragenfrage. . .

Und so kam es, daß der Straßenbahnverkehr nur stundenweise und nie völlig stockte. Auch an dem Generalfreizeit-Sonnabend nicht. Alles wurde getan, um den Zugverkehr mit jenen gesegneten We-

handelt, die nicht unter Ziffer 2 als Berufs-
kleidung aufgeführt sind, müssen sich einzeln an
ihre örtliche Bezugsstelle wenden und ver-
suchen, sich die bewilligten Gegenstände im freien
Handel oder aus den Beständen zu beschaffen, die
seitens der Reichsbeleidungsstelle den Kom-
munalverbänden zur Abgabe an die minderbe-
mittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt
sind.

Es ist fraglich ob der angegebene Weg bei der
Knappheit der Bestände eine nennenswerte Hilfe
in der Bekleidungsnot schaffen wird. Vielleicht
ist es möglich, worauf auch im „Korrespondent“
hingewiesen wird, daß aus den noch vorhandenen
riesigen Stoffbeständen des Militärs eine bessere
Verforgung der Zivilbevölkerung mit Arbeitsbe-
kleidung herbeigeführt wird.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine ordentliche Mitgliederversamm-
lung fand am 5. November statt. Kollege Gloth be-
hauptete bei der Eröffnung der Versammlung den
schwachen Besuch und stellte fest, daß aus fünf Groß-
betrieben, in denen insgesamt etwa 1000 Personen
beschäftigt sind, noch keine 20 Mitglieder anwesend
waren. Nach Verlesung und Annahme des Proto-
kolls der Versammlung vom 4. August, teilte Kollege
Gloth mit, daß die Mitglieder Hugo Hartmann,
Alfred Henschel, Karl Drosch, Willi Kirche, Georg
Grünefeld, Paul Neumann, Rich. Semmler, Benno
Rehloff, Karl Stahl gefallen und Max Schröder,
Berta Reinbote, Berth. Reichert, Alara Heinze,
Else Bernicke, Willi Görn, Heinrich Lucht, Olga
Koschudowski, Rich. Gottschalk, Wilh. Weder und
Marta Ahrent gestorben sind. Die Verammlungen
erhoben sich von ihren Plätzen. Sodann wurde mit-
geteilt, daß die Berliner Zahlstelle sich dem Verband
zur Förderung der Theater-Kultur angeschlossen
hat und vorläufig drei Vorstellungen für
uns reserviert sind. Die erste findet am
Sonntag, den 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr,
statt. Nähere Mitteilungen hierüber werden noch
bekannt gemacht. Der Eintritt inkl. Garberobe
wird 1.50 M. betragen. Eintritts der Feuerungs-
zulage wurde mitgeteilt, daß sich dieselbe unter dem
Hilfspersonal gut eingeführt hat, leider machte sich
in den Großbetrieben eine Erhöhung bemerkbar,
diese Zulagen an Jugendliche nicht zu zahlen. Es
verursachte dies viel Arbeit, bis schließlich durch
das Schiedsgericht eine Verständigung erzielt wurde.
Hierbei machte Kollege Gloth gleich darauf aufmerk-
sam, daß ab 1. Dezember der zweite Teil der Feuer-
ungszulage in Kraft tritt und zwar für verhei-
ratete Kollegen 4 Mark, ledige 3 Mark und für
Kolleginnen 2.50 M., von irgenwelchen Weigerun-
gen seitens der Prinzipale ist dem Bureau sofort
Mittteilung zu machen. Durch die letzten veran-
staltete Agitation haben wir es erreicht, daß unsere
Mitgliederzahl die Zahl 3000 wieder überschritten
hat, trotzdem dürfen wir in der Agitation nicht er-
lahmen, auch die letzten müssen für die Organisation
noch gewonnen werden.

Kolleginnen und Kollegen, die zu einem anderen
Beruf übergetreten und die Absicht haben, in un-
seren Beruf zurückzukehren, können dies jetzt schon
tun, da Personal gebraucht wird. Hierüber ent-
spann sich eine längere Diskussion. Kollege Matthey
ist der irrigen Ansicht, daß durch diese Mitteilung
der Vermittlung nach Kriegsbeendigung vorgegriffen
werden soll. An der Diskussion beteiligten sich
Gloth, Lautant, Baumgarten und Reinte, wobei
sich herausstellte, daß diese Mitteilung nur wegen
Mangel an Personal gemacht wurde.

Beim Vierteljahrsbericht besprach Kollege
Gloth die leistungsfähigsten Statistiken. Durch die-
selbe werden die Behauptungen der Prinzipale, daß
das Hilfspersonal nicht leistungsfähig sei, selbst unter der
Kriegszeit, treffend geschlagen. Es ergab dieselbe,
daß selbst von 786 Anlegerrinnen allerdings mehrere
1 Jahr, aber darunter auch 8 mit 47 Jahren Be-
rufstätigkeit vorhanden waren, im Durchschnitt ist
jede Anlegerrin 10 Jahre 9 Monate im Beruf be-
schäftigt. Bei 176 Saalarbeiter ist jeder 14 Jahre
7 Monat beschäftigt, bei 367 Rotationsarbeitern 11
Jahre 5 Monat, bei 175 Faslern 12 Jahre 6 Monat.
In einem der nächsten Mitteilungsblätter wird
näher auf diese Statistik eingegangen werden.
Kollege Baumgarten ergänzte den materiellen Teil
des Berichts, aus diesem geht hervor, daß für die
Verbandskasse 430,90 M. für Aufnahmen, 21 493,30
Mark für Beiträge, 4321 M. für Extrabeiträge ein-
genommen wurden. An Arbeitslosenunterstützung
wurden seitens der Verbandskasse 143,30, dagegen
an Krankenunterstützung 5671,60 M. gezahlt. Die
Drückkassen hatte eine Einnahme aus Aufnahmen
von 149,45 M., Beiträge 3293,10 M., Beiträge der
Invaliden 27,80 M., Anteil der Prinzipale für den

paritätischen Nachweis 103,75 M., Zinsen 1051 M.,
Verwaltungskosten 1317,25 M. Eingetretene sind
206 Kollegen, 413 Kolleginnen, durchschnittlich sind
pro Mitglied 10% Beiträge à 86% Pfg. gezahlt.
Vom 1. 8. bis 30. 9. 18 waren eingezogen 2581
Kollegen, zurück kamen 315 Kollegen. Weiber mußten
auch wieder Restanten ausgeschlossen werden,
darunter Kolleginnen und Kollegen, die eine ganze
Reihe von Jahren der Organisation angehört,
teilweise gab Kollege Baumgarten deren Namen be-
kannt. In seiner Ergänzung zum Arbeitsnachweis-
bericht wies Kollege Reinte nochmals auf den
Mangel an Arbeitskräften hin und ersuchte die
Mitglieder in anderen Berufen oder auch die vor-
läufig Abgemeldeten hierauf hinzuweisen. Hiernach
wurde auf Antrag des Kollegen Sündermann, der im
Auftrage der Revisoren die Uebereinstimmung der
Verläge mit den Büchern konstatiert, dem Vorstand
Entlastung erteilt. Auch in diesem Jahre hat sich
der Vorstand mit der Weisnachtsunterstützung be-
schäftigt, ein diesbezüglicher Antrag beim Zentral-
vorstand wurde abgelehnt, da derselbe bei Kriegs-
beendigung für die Erfüllung der statutarischen
Pflichten Sorge zu tragen hat, weshalb der Dis-
triktivorstand vor schlägt, die benötigte Summe von 9 bis
10 000 M. aus der Drückkasse zu entnehmen. Nach
kürzerer Diskussion, in der die Notwendigkeit der
Weisnachtsunterstützung betont, auch die Fürsorge
für die Arbeitslosen bei Kriegsbeendigung hervor-
gehoben wurde, wurde der Antrag des Vorstandes
gegen 2 Stimmen angenommen. Unter Verschie-
denes beantwortete Kollege Reich eine Anfrage,
wie sich die Mitglieder bei eintretender Krankheit,
wenn ein Kassenzug nicht zu erreichen ist, verhalten
sollen, dahin, daß dieselben dann auch Nichtkassen-
ärzte hinzuziehen können, allerdings nur wenn die
ärztliche Hilfe dringend ist, den ersten eiligen Be-
such oder Konsultation zahlt die Kasse nach der
preuß. Gebührenordnung zurück. Eine andere An-
frage, betreffend die Bezahlung der ärztlichen Atteste
für Milchverwendung beantwortete derselbe dahin,
daß wenn Milch als Medikament verordnet wird,
dies der Arzt ohne Bezahlung auf Grund seines
Honorars zu tun hat, eine Verordnung als Nähr-
mittel fällt nicht unter die kassenärztlichen Beifun-
gen, haben auch nach einem neueren Entscheid des
Versicherungsamtes die Krankenassen nicht zu
tragen. Hierauf schloß Kollege Gloth die Versamm-
lung mit einem Hoch auf den Verband und die
Zahlstelle Berlin.

Rundschau.

Die gewerkschaftliche Internationale. Der
Sekretär des holländischen Gewerkschaftsbundes
Dubegeest, der während des Krieges die internatio-
nalen Beziehungen zwischen den Arbeitern der
kriegführenden Mächte vermittelt, versandt folgen-
des Rundschreiben an die per Internationale abge-
schlossenen Gewerkschaften:

„Sie werden ersucht, so schnell als möglich
Delegierte für die internationale Gewerkschafts-
konferenz zu ernennen, die zu gleicher Zeit und in
derselben Stadt wie die Friedenskonferenz statt-
finden wird. Tagesordnung: 1. Annahme neuer
Satzungen; 2. Diskussion über die Verlegung des
Internationalen Sekretariats von Berlin; 3. So-
zialreform und Friedensvertrag (die Programme
von Leeds und Bern); 4. Ernennung einer Kom-
mission von Gewerkschaftsvertretern zur Friedens-
konferenz.“

Zur Erklärung möge folgendes dienen: Obwohl
Zeit und Ort der Friedenskonferenz noch nicht
genau bekannt sind, darf man doch hoffen, daß die
Friedensverhandlungen nicht mehr lange auf sich
warten lassen werden. Es ist deshalb wichtig, daß
die Gewerkschaften aller Länder heizigen Maß-
regeln ergreifen, um nicht nur die internationalen
Beziehungen zu erweitern, sondern auch die Lebens-
interessen der Arbeiterklasse in tatkräftiger Weise
zu verteidigen. Während des Krieges zeigte es sich
oft, daß eine internationale Konferenz der Gewerks-
schaften nötig sei. Ich erinnere an die Beschlüsse
von Leeds (1916) und Bern (1917) und an den An-
trag des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, eine
Arbeitervertretung auf dem Friedenskongress zu
verlangen.

Ich ersuche Sie deshalb, so schnell als möglich
eine Delegation von höchstens zehn Mitgliedern
zur Konferenz zu wählen und mir deren Namen
mitzuteilen, ebenso etwaige Zusatzanträge zur
Tagesordnung einzuliefern. Sobald Zeit und Ort
der Konferenz bekannt sind, werden Sie nähere
telegraphische Nachricht erhalten.

Ich vertraue, daß, nachdem die Vertreter der
kapitalistischen Regierung darüber einig sind, sich
zusammen an den Konferenztisch zu setzen, auch die
Vertreter der Arbeiter der Welt zu einer gemein-
samen Konferenz zusammentreten werden, um die
Grundlagen aufzurichten für eine neue Gesellschaft,

in welcher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit
keine leeren Worte bleiben werden.“

sk. Den Staub von den Pantoffeln geschüttelt.
Bei Majestäten ist großer Umzug. Wilhelm II.
hat den Staub von den Pantoffeln geschüttelt und
hat sich in Holland eine Zufluchtstätte gesucht.
Viel Freude wird er dort nicht erleben; denn die
Revolution breitet sich rascher aus, als der Hofzug
fährt. Von Deutschlands 22 Potentaten ist nicht
mehr viel übrig. Höchstens noch der Herzog von
Altenburg und der Großherzog in Karlsruhe haben
einstweilen um gut Wetter bei den Räten gebeten
und eine vorläufige Frist bis zum Zusammentritt
der Konstituante erhalten. Ob der revolutionäre
Drang es ihnen nicht doch geraten erscheinen lassen
wird, schon vor deren Entscheidung abzutreten
mag dahingestellt bleiben. Sonst aber haben die
vielerliebten Landesfürsten über's Herz gebracht, die
schweren Bürden ihrer Regentpflichten vor sich
zu werfen. Selbst Heinrich der XXVII. Reuß will
nicht mehr herrschen. Es liegt uns fern, über ge-
stürzte Herrscher zu spotten. Wir können es uns
lebhaft vorstellen, daß der Wechsel des Geschicks sie
ein wenig jäh und unermutet trifft. Für ihre
persönliche Sicherheit brauchen sie nichts zu fürch-
ten; die junge deutsche Freiheit will alles andere
eher, als sich mit Blut beslecken. Aber die Erinne-
rung an den Rat, den einst vor langen Jahren
Wilhelm II., ehemals deutscher Kaiser und König
von Preußen, den auffässigen Umstürzern gegeben
hat, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln,
muß doch noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen
werden; es ist umgekehrt gekommen und das von
Rechts wegen. Denn das Volk ist ewig, und wird
sich selbst aus der schwersten Demütigung wieder er-
heben, die Herrscher aber sind — vorübergehende
Erscheinungen.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Als Opfer des schaurigen Völkerringens
verloren wir den Kollegen

Georg Caemann,

der seinen durch Granatsplitter erlittenen
schweren Verwundungen im Alter von
42 Jahren nach 61 monatlicher treuester
Pflichterfüllung in einem Feldlazarett er-
lag. Vor Ausbruch des Krieges war er
Ortskassierer und ein eifriger Agitator der
Zahlstelle.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Kaufbeuren.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß
unsere Kollegin, die Buchdruck-Anlegerin

Elisa Brendler
(Fräulein Adolf Bauer)

im jugendlichen Alter von 18 Jahren an
der Grippe verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Mitgliedschaft Dresden.

Nachruf.

Am 4. November verstarb nach drei-
tägiger Krankheit an Lungenentzündung
unser liebes Mitglied

Alma König
(Fräulein Friede).

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Zahlstelle Leipzig.

Die nächste Nummer der „Solidarität“
erscheint am 30. November 1918. — Redaktions-
schluß am 25. November 1918.